

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2014

Nr. 07 · 10. Jahrgang

Soziales Brandenburg! Das ist DIE LINKE

Mit zehn Schlüsselprojekten für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen

Auf ihrem Landesparteitag am 5. Juli in Cottbus hat DIE LINKE Brandenburg ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl verabschiedet. Dieses Programm wurde in Vorbereitung auf den Parteitag breit diskutiert. In zahlreichen Gesprächen mit Gewerkschaften, in Regionalkonferenzen im gesamten Land, während einer zweitägigen Wahlwerkstatt mit zahlreichen Gästen, in den Kreisverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften der Partei, im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion.

In den kommenden Tagen werden die 56 Kandidatinnen und Kandidaten mit Christian Görke an der Spitze weiter um jede Stimme ringen. Dabei setzt DIE LINKE darauf, dass sie als Partei für den Alltag nicht nur im Wahlkampf präsent, sondern ständig Ansprechpartner/in vor Ort ist.

„Insbesondere mit 10 Schlüsselprojekten in unserem Wahlprogramm wollen wir Brandenburg noch sozialer gestalten“, erklärte der Landesvorsitzende Christian Görke. „Gute Arbeit, Vorfahrt für Bildung, Investitionen für die Kommunen, gesundheitliche Versorgung in der Fläche, mehr



Geld für die musische Bildung und den Sport, eine ökologische Energiewende, bezahlbares Wohnen und Zukunft des ländlichen Raumes sind uns außerordentlich wichtig. Unser Maßstab dabei ist: gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen. Dafür haben wir in der vergangenen Legislaturperiode bereits Weichen gestellt - jetzt muss der Zug Fahrt aufnehmen.“

„Wort gehalten? Wort gehalten! Unsere Bilanz der vergangenen fünf Jahre liegt

auf dem Tisch. Jeder kann sich selbst ein Bild machen“, unterstreicht die Fraktionsvorsitzende Margitta Mächtig. „Brandenburg ist sozialer, solidarischer und attraktiver geworden. Dafür lohnt es sich, zu regieren. Wir haben nicht alle unserer Ziele erreicht, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Außerparlamentarische Unterstützung und eine solide Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner haben dazu beigetragen.“

(Mehr lesen Sie auf Seite 3 dieser Ausgabe)

Angst vor der Bevölkerung?

Aus dem jüngsten Offenen Brief der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche

Das Bürgerbegehren gegen die Garnisonkirche steht kurz vor dem Abschluss. Bis Ende Juni sollten rund 15.000 Unterschriften gesammelt vorliegen. Die Bürgerinitiative nutzte im Juni die Gelegenheit, um in einem offenen Brief an die Befürworter des Wiederaufbaus weitere Informationen zur Auseinandersetzung hinzuzufügen, aber auch einige, die bislang häufig ignoriert wurden, zu wiederholen.

„Gegen die Garnisonkirche gibt es neben ideologischen Gründen auch vielerlei unpolitische – etwa religionsphilosophische, städtebauliche, emotionale – vor allem aber Gründe der finanziellen Vernunft“, stellte die Initiative an den Anfang. „Die 60 Millionen für den Umzug des Rechenzentrums könnte das Land Brandenburg für andere Dinge gut gebrau-

chen. Kürzlich wurde die Förderung der Jugendkunstschulen von 90.000 auf 30.000 Euro jährlich reduziert wegen Geldmangels.“

„Mit mehr als 13.000 PotsdamerInnen – 10 Prozent der Wahlberechtigten – repräsentiert das Bürgerbegehren deutlich mehr Menschen als Mitteschön“, betont die Bürgerinitiative.

Und sie unterstreicht wiederholt, dass die Geschichte der Kirche von Anfang an vom militärischen Denken und Handeln geprägt sei. Ihre Rolle im Dritten Reich ging belegbar weit über den „Tag von Potsdam“ hinaus. Sie symbolisiert Versöhnung so wenig, wie die Mauer die Reisefreiheit symbolisierte. Potsdams Stadtbild bedarf keiner Heilung. Die wichtigere Frage lautet: Was tut dieser Stadt gut und was brauchen ihre BewohnerInnen?

Der Neubau einer barocken Kirche wäre Teil der Historisierung der Potsdamer Mitte, welche belegbar die Studierendenschaft aus der Innenstadt verdrängt und die Mieten steigert.

Sorgen um Potsdams Image sind vor dem Hintergrund der Symbolkraft der Garnisonkirche und bereits bestehender Vorbehalte seitens jüdischer Gemeinden und StadtbesucherInnen aus aller Welt durchaus begründet.

Die Initiative fordert in ihrem Bürgerbegehren, dass die Stadt Potsdam „alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zur Auflösung der Stiftung prüft“. Das beinhaltet weitere juristische und politische Schritte über den Antrag der Stadt zur Auflösung im Stiftungskuratorium hinaus.

In dieser Ausgabe

2 Neuaufteilung der Welt? Zum transatlantischen Freihandelsabkommen – von Helmut Scholz (DIE LINKE, MdEP)/Sommeruni der Europäischen LINKEN

3 „Rot-Rot kann Finanzen“ – Bilanz und Ausblick für ein soziales Brandenburg/Großflächenplakat spenden

4/5 DIE LINKE wieder stärkste Fraktion im Potsdamer Stadtparlament/Vorgestellt: DIE LINKE-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung/Das „neue Bündnis“ – SVV-Kooperation/Tempo 30 in Potsdam-West

6 Glossiert: Die Fußball-WM und das WIR-Gefühl/Buchrezension „Nach Marx – Philosophie, Kritik, Praxis“/Neue WeltTrends erschienen

7 Vorgestellt: Professor, General und Direktor Reinhard Brühl zum 90. Geburtstag

8 „Langeweile? Nicht mit uns“ – zum Ferienpass dieses Sommers/25 Jahre Sommerfest DIE LINKE

Informationen der Redaktion:

Für die Ausgaben August und September von „Potsdams andere Seiten“ standen zum Redaktionsschluss noch keine Erscheinungstermine fest. Bitte entnehmen Sie die endgültigen Termine der website www.dielinke-potsdam.de

Für ein alternatives Europa:

Sommeruni der Europäischen LINKEN

Die Europäische LINKE und transform! laden vom 23. bis 27. Juli zur Sommeruniversität 2014 an den Werbellinsee ein. Hier wird zum Beispiel über die Bewertung der Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament diskutiert. Visionen entwickeln die Teilnehmer zu Fragen wie: Wie wollen wir Europa - ein Europa, das sich in der Krise befindet - gestalten? Wie können wir der Krisenpolitik der letzten und der neuen EU-Regierung etwas entgegensetzen? Was ist unsere Antwort auf den Konflikt zwischen der EU und Russland? Wie wehren wir uns gegen den Rechtsruck in Europa? Das Treffen hat Tradition: Seit 2005 treffen sich jedes Jahr Aktivistinnen und Aktivisten, Parteimitglieder und Mitglieder sozialer Bewegungen aus Europa und der ganzen Welt für vier Tage, um gemeinsam Ideen für ein alternatives Europa zu entwickeln. Geleitet wird natürlich auch – und mit Genossen der Sommer genossen...

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 Leserinnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Neuaufteilung der Welt?

Zum transatlantischen Freihandelsabkommen/Von Helmut Scholz, MdEP (DIE LINKE)

Derzeit wird unser Planet von einem Netz neuer bilateraler Handelsverträge umspannt. Treibende Kräfte sind die alten Wirtschaftsmächte EU und USA. Aber auch neue Akteure in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts wie China oder Indien sind dabei. Solche Abkommen üben hohen Druck auf konkurrierende Ökonomien in den jeweiligen Regionen aus.

So verschafften die Abkommen EU-Korea und Korea-USA den südkoreanischen Elektronik- und Automobilherstellern einen so großen Kostenvorteil, dass die japanische Regierung an den Verhandlungstisch mit der EU (bilateral) und mit den USA (plurilateral im Pazifikabkommen TPP) gezwungen wurde. China hat nun darauf reagiert. Es verhandelt mit Korea und Japan. Jetzt erwägt es sogar den Beitritt zu den Verhandlungen über ein plurilaterales Dienstleistungsabkommen (TISA).

Die Europäische Union und die USA schließen zunehmend bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit verschiedenen Partnern ab. Diese gehen weit über den WTO-Rahmen hinaus. Sie beinhalten eine Liberalisierung des Warenhandels, zielen auf den Marktzugang beim Dienstleistungshandel, auf die öffentlichen Beschaffungsmärkte und die Regulierungen von Qualitätsnormen wie auch auf den Schutz von geistigen Eigentumsrechten.

Seit Inkrafttreten des Lissabonner EU-Vertrages ist der Abschluss solcher Abkommen alleinige EU-Kompetenz. Die Kommission verhandelt im Auftrag des EU-Rates autark. Nach Abschluss der Verhandlungen muss das Ergebnis von beiden Gesetzgebern, also Rat und Europäischem Parlament, bestätigt werden – und kann auch abgelehnt werden, wie bereits beim ACTA geschehen.

Ein TTIP-Abkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) würde durch Umfang und Wirtschaftskraft der Partner alle anderen bilateralen Abkommen in den Schatten stellen. Es geht um fast 45 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Das TTIP hätte gewaltige Konsequenzen für die Welthandelsarchitektur. Die Folgen für Wettbewerber aus Ostasien und 143 an-



deren Regionen wären gravierend. Im Jahr 2014 werden in China zirka 17 Millionen Autos neu zugelassen; in der EU zirka 11 Millionen. Eine „vereinte“ Marktmacht von EU und USA (32 Prozent der Weltproduktion an PKW und 35 Prozent der Autokäufe) würde sichern, dass Industriestandards auch künftig im TTIP-Raum und nicht in China definiert werden. Zudem ist ein Protokoll über gemeinsames Vorgehen bei der Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffreserven in aller Welt geplant. Manche sprechen deshalb auch von einer „Wirtschafts-NATO“.

Die neuen Vertragsnetze sind Ausdruck der globalen Durchsetzung der konzernbasierten Ökonomie. Dies wird mit der Risikoökonomie der finanzkapitalistischen Sphäre verbunden. Im Zuge dieser Entwicklung definieren sich weltweit Zentren und Peripherien neu. Dieser weltwirtschaftliche Einschnitt ist gravierend und erinnert an die Aufteilung der Welt im imperialen Zeitalter des 19. Jahrhunderts. Das ist gefährlich, wenn ein Land wie Russland mit nur zwei global relevanten Faktoren – dem Machtfaktor Militär und dem Pfund Rohstoffe – sich nicht in die Peripherie abschieben lassen will. Es reagiert dann mit dem, was es hat: Bedrohungspotenzial. Schwere Probleme entstehen, wenn große Teile der Bevölkerung in bislang nationalstaatlich organisierten Ökonomien von der Entwicklung abgekoppelt werden. Diese „Surplus Population“ sozial zu versorgen, ist in der Konzernökonomie „die letzte Aufgabe“ der nationalstaatlichen Regierung.

Aber solche Abkommen erzeugen einen Regulierungsrahmen, in dem Regelungen entweder überflüssig werden oder mehr oder weniger offen als Instrument einer kleinen kleptokratischen Elite dienen. Auch die Rolle von nationalen Parlamenten nimmt im Kontext solcher Verträge ab. Zwei geplante Instrumente im TTIP, der Regulierungsrat zur Überprüfung neuer Gesetze und das Investor-Staat-Klage-recht, erheben Standardsetzung und Investitionssicherheit zum Ziel. Es geht um die vertragliche Verankerung von Marktmacht. Das TTIP führt nach Deregulierung zu Re-Regulierung und Standardverengung und dient vorrangig der Profitoptimierung global agierender Konzerne. Es ist eine Gefahr für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, denn es verringert die Innovationskraft der Menschheit zur Bewältigung planetarer Probleme.

Hartz-IV-Sanktionen endlich abschaffen

Zu den Plänen der Bundesregierung, Sanktionen für Hartz IV-Beziehende schon bei einem ersten Verstoß gegen Auflagen des Jobcenters einzuführen, erklärte die Parteivorsitzende der LINKEN, Katja Kipping: „Auf der einen Seite schon die Bundesregierung die Vermögenden, auf der anderen Seite will sie die Ärmsten in der Bevölkerung weiter drangsaliieren. Jetzt soll ein Instrument weiter verschärft werden, das selbst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter überfordert, wie die hohe Erfolgsquote bei den Widersprüchen (36 Prozent) und Klagen (42,5 Prozent) gegen Hartz-IV-Bescheide zeigt. Vor dem Hintergrund der absurd hohen widerrechtlichen Sanktionen müssen diese insgesamt in Frage gestellt werden. Es gilt außerdem: Ein Grundrecht kann man nicht kürzen. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, die Sanktionen endlich abzuschaffen.“

„Rot-Rot kann Finanzen“

Bilanz nach fünf Jahren Landesregierung von SPD und DIE LINKE – Weichen gestellt für soziales Brandenburg

Was das „Wagnis Rot-Rot“ dem Land Brandenburg seit 2009 gebracht hat, fasste die Fraktionschefin der LINKEN Margitta Mächtigt in der letzten Sitzung des Landtags im Juni zusammen (gekürzt):

Brandenburg ist auf dem Weg zu einem erfolgreichen Industrieland, so das Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung (München). Die Unternehmen bewerten die Aussichten für 2014 so gut wie noch nie und beschäftigen fast zehn Prozent mehr Menschen als 2009. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie des Landes liegt laut Institut deutlich höher als in den meisten anderen ostdeutschen Bundesländern.

Brandenburg erzielte 2013 ein Wachstum von 0,7 Prozent und lag damit deutlich über der Wachstumsrate Deutschlands von 0,4 Prozent. Fast ein Drittel ihrer Umsätze machen märkische Unternehmen im Ausland.

Die Arbeitslosenquote in Brandenburg sank 2013 auf 9,9 Prozent, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs stieg seit 2009 um 4,5 Prozent. Rot-Rot führte das Mobilitätsticket für das Land ein.

Das Pro-Kopf-Einkommen der Brandenburgerinnen und Brandenburger lag 2013 um 15,3 % über dem Niveau von 2009. Von den 2009 geplanten 8.000 Arbeitsplätzen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor konnten wegen drastischer Kürzungen der Bundesregierung von CDU und FDP bei der Arbeitsförderung nur ca. 2.200 sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden.

Soziale Frage im Mittelpunkt

„Wo sich Dinge wandeln, da geht es um das Ziel und darum, dass Menschen die Änderungen aktiv begleiten und gestalten“, so Margitta Mächtigt.

Bei der Zufriedenheit der Bürgerinnen



Unser Spitzenkandidat Christian Görke

und Bürger mit dem Gesundheitswesen liegt Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt auf Platz 5 - vor Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen.

54 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger sind mit ihrem Leben zufrieden – so viele wie noch nie (Sozialreport 2014). 2008 waren es 40 Prozent.

Der Start in eine Legislaturperiode ohne die DVU 2009 war ein gemeinsamer Erfolg aller demokratischen Parteien. Trotz konfliktreicher Debatten gab es gemeinsame Schritte über politische Grenzen hinweg, wie die Einführung der Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Die Regierung aus SPD und DIE LINKE hat die soziale Frage nachhaltig ins Zentrum der Landespolitik gerückt - bei der Vergabe

von öffentlichen Aufträgen, der Fördermittelpolitik für die Wirtschaft, beim Kita-Betreuungsschlüssel, dem Schüler-Bafög, bei der Krankenhausfinanzierung, der Stärkung der Sozialgerichte und der Resozialisierung von Straftätern.

Kommunen finanziell stabil ausgestattet

Rot-Rot hat die Kommunen finanziell so stabil ausgestattet wie noch nie in der Geschichte des Landes. Seit 2010 hat Brandenburg keine neuen Schulden mehr aufgenommen. Als erste Landesregierung hat Rot-Rot mit der Schulden-Tilgung begonnen.

„Ich hoffe, die Brandenburgerinnen und Brandenburger vertrauen auch weiterhin darauf, dass Rot-Rot ‚Finanzen kann‘, denn so können wir Kontinuitäten entwickeln“, unterstrich Margitta Mächtigt.

SPD und LINKE haben die notwendigen Schritte eingeleitet, um den Öffentlichen Dienst zu modernisieren. Die Ausbildung wurde verstärkt, 2.400 junge Lehrerinnen und Lehrer erreichten seit 2009 die Schulen – mehr als in Thüringen, Sachsen oder Sachsen-Anhalt.

Die Energiestrategie 2030 setzt auf den Durchbruch von Erneuerbaren Energien und Umwelt- und Klimaschutz. Ziel bleibt, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wird Nachhaltigkeit zum Grundprinzip brandenburgischer Politik.

„Wir haben eine Perspektive - sie wird bestimmt durch die vor fünf Jahren unter dem Motto ‚Gemeinsinn und Erneuerung‘ neu ausgerichtete Landespolitik.“, bringt Mächtigt ihren Ausblick auf die nächste Regierungsperiode auf den Punkt.

Großflächenplakat für die Landtagswahl spenden

Jeder kann vor der Landtagswahl im September ein Themenplakat der Partei DIE LINKE fast vor seiner Haustür bestellen. Unter der folgenden Internetadresse wird man Schritt für Schritt durch ein Menü geführt:

www.die-linke.de/die-linke/spenden/plakatspende/brandenburg/

Hier entscheidet man zunächst, ob man vom 29.8. – 8.9.14 für ein Thema werben möchte oder vom 2. – 11.9. oder vom 9. – 18.9.14 mit einem Wahlauftritt. Dann wird die gewünschte Postleitzahl angegeben. Anschließend erscheint eine Übersicht über buchbare Standorte mit den Kosten. Wenn die Plakatfläche verfügbar ist und man den Auftrag bestätigt, wird der Betrag vom Konto eingezogen; er bewegt sich etwa ab 120 Euro aufwärts. Jede Spenderin und jeder Spender erhält eine Quittung, damit die Spende beim Finanzamt geltend gemacht werden kann.

Nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) sind Zuwendungen von natürlichen Personen (Spenden, Mandatsträger- und Mitgliedsbeiträge) an politische Parteien wie folgt steuerlich abzugsfähig: Zuwendungen bis zu einer Höhe von 1.650 Euro / bei zusammen veranlagten Ehegatten 3.300 Euro jährlich werden nach dem EStG § 34g berücksichtigt, indem 50 Prozent des zugewendeten Betrages von der Steuerschuld abgezogen werden, maximal also 825/1.650 Euro. Soweit dies nicht gewährt wurde, sind Zuwendungen an politische Parteien bis zu einer Höhe von 1.650/3.300 Euro nach dem EStG § 10 b Absatz 2 als Sonderausgaben steuerlich abzugsfähig.

Stellen und Praktika

Praktikum bei der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

www.linksfraktion.de/praktikum.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sucht zum 1. August 2014 am Arbeitsort Berlin befristet auf 14 Monate eine/n Finanzsachbearbeiter/-in in Vollzeit.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Bewerbungen für ein Praktikum mit Anschreiben, Lebenslauf, Angaben zur gegenwärtigen Tätigkeit und einem Motivationsschreiben sind zu richten an die Praktikumsbeauftragte der Stiftung Angelika Nguyen, Telefon: (030) 44310-480



Das Wahlprogramm hatte auf dem Landesparteitag breite Zustimmung.

DIE LINKE Fraktion

(nach Wahlkreisen)

Wahlkreis 1:



Anita Tack (63), Ministerin, MdL



Klaus Peter Kaminski (68), Angestellter

Wahlkreis 2:



Matthias Lack (38), Dipl. Sozialpädagoge

Wahlkreis 3:



Dr. Karin Schröter (59), Wiss. Mitarbeiterin



Ralf Jäkel (54), Dipl. Ingenieur

Wahlkreis 4:



Michel Berlin (40), Regionalwissenschaftler



Birgit Müller (64), Modedesignerin

DIE LINKE wieder stärkste Fraktion



Sie agieren für uns im Stadtparlament Potsdams.

Zum dritten Mal in Folge nach 2003 und 2008 haben die Potsdamer DIE LINKE als stärkste Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. In drei von den sechs Wahlkreisen erhielten wir die meisten Stimmen. Von den zehn Kandidaten mit den meisten Stimmen gehören fünf der LINKEN an, wobei der Oberbürgermeister als Zweitbesten ja nur als Scheinkandidat angetreten ist.

Das heißt: DIE LINKE ist die Siegerin dieser Wahl. Über diese Anerkennung unserer kontinuierlichen Arbeit zwischen den Wahlen können wir uns freuen.

Die Wählerinnen und Wähler haben auch in anderer Hinsicht klug entschieden.

Die neue Fraktion besteht aus neun erfahrenen Stadtverordneten, die zum Teil schon sehr lang dieses kommunale Mandat ausüben. Fünf Fraktionsmitglieder sind zum ersten Mal dabei.

Ich freue mich besonders darüber, dass

acht der 14 Fraktionsmitglieder Frauen sind. Damit gleichen wir die Defizite der ausschließlich männlichen CDU-Fraktion und die Minderheitsposition von Frauen in der SPD ein bisschen aus.

Die Fraktion hat sich schnell konstituiert und einen fünfköpfigen Vorstand gewählt, dem ich als Vorsitzender, Karin Schröter und Peter Kaminski als Stellvertreter sowie die neuen Stadtverordneten Barbara Keller und Matthias Lack als Beisitzer angehören. Als Fraktionsgeschäftsführerin der Fraktion wurde erneut Sigrid Müller gewählt.

Kurz nach der Wahl fand auf Einladung des Oberbürgermeisters ein Sondierungsgespräch von LINKEN und SPD über eine mögliche Zusammenarbeit in dieser Wahlperiode statt. Es war ein angenehmes Gespräch, in dem wir unsere Bereitschaft zu einer inhaltlichen Zusammenarbeit insbesondere zu den Themen Wohnen, Bildung, Verkehr und Bürgerbeteiligung zum Aus-

druck brachten. Wir schlugen vor, in einer Vereinbarung diese Positionen zu fixieren und als inhaltliche Plattform auch anderen Fraktionen zugänglich zu machen. Die SPD entschied sich jedoch für eine Neuauflage des bürgerlichen Bündnisses mit CDU und Grünen, weil sie nicht den Mut zu unserem offenen Ansatz hatte, sondern erneut eine feste Kooperation wollte, in der sie stärkste Kraft ist.

In der Kooperationsvereinbarung wird in großer Ausführlichkeit die geltende Beschlusslage dargestellt, die interessanterweise in den wesentlichen Punkten von der Linksfraktion herbeigeführt worden ist. Hier gibt es viel Übereinstimmung, während die Gegensätze zur Gestaltung der Potsdamer Mitte mit dem Staudenhof, mit dem „Mercur“ und der Garnisonkirche regelrecht kultiviert werden.

In der Konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde mit Birgit Müller zum vierten Mal (nach 1993, 1998 und 2003) ein Mitglied der Linksfraktion zur Vorsitzenden gewählt. DIE LINKE ist mit vier Mitgliedern im jetzt 18-köpfigen Hauptausschuss vertreten. Alle anderen Ausschüsse reduzierten die Kooperationsfraktionen aus machtpolitischen Gründen auf sieben Mitglieder. Wir stellen den Vorsitz im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, im Kulturausschuss und im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft. Damit haben wir gute Voraussetzungen, um als stärkste Fraktion unsere Wahlversprechen umzusetzen. Ein erster Schritt sind unsere Grundsatzanträge zu den Themen „Wohnen“ und „Schul- und Kitasanierung umsetzen“, die wir in die Stadtverordnetenversammlung am 9. Juli 2014 einbringen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Gratulation für Birgit Müller.

Fotos: R. Dyk

Noch einmal „Tempo 30 in Potsdam-West“

Es gab viele Plakate in dieser Kommunalwahl. Der Ortsverband DIE LINKE Potsdam-West stellte auf einem Plakat eine Lösung für eines der dringendsten Probleme in Potsdam-West vor: „Wir fordern Tempo 30 bei grüner Welle für die gesamte Zeppelinstraße ab Forststraße bis zum Luisenplatz und in der Kastanienallee“, so stand es auf einem speziellen Kommunalwahlkampfplakat des Ortsverbandes Potsdam-West. Der Ortsvorstand weiter: „Die Verkehrssituation in der Zeppelinstraße ist weiterhin unerträglich für deren Anwohner und auch die Bewohner des Stadtteils. In der Kastanienallee besteht das Problem vor allem in der Lärmbelastung, verursacht durch das Kopfsteinpflaster in Verbindung mit Tempo 50. Auch dort würde die Straße durch Tempo 30 ruhiger und sicherer werden.“ Am 18. Juni flatterte uns eine Pressemitteilung der Stadtverwaltung auf den



Redaktionstisch. Die Überschrift: „Tempo 30 in der Kastanienallee und Geschwister-Scholl-Straße.“ Und weiter im Text: „Die Kastanienallee und die Geschwister-Scholl-Straße werden ab sofort abschnittsweise mit Tempo 30 beschildert. Auf der Kastanienallee wird im Abschnitt zwischen Zeppelinstraße und Geschwister-Scholl-Straße, auf der Geschwister-Scholl-Straße zwischen Kastanienallee und Am Neuen Palais das Tempo reduziert. Die Geschwindigkeit wird aufgrund der aktuellen Verkehrsbelastung, zur Verhütung von weiteren Schäden an der Straße und zur Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer beschränkt.“

Es gab viele Plakate - nur wenige widmeten sich konkreten Problemen vor Ort. Ein weiterer Beweis dafür: DIE LINKE ist und bleibt die „Kümmererpartei“.

Kooperation gegen LINKE geschmiedet

Das sind also diejenigen, die das Potsdamer Schicksal für die nächsten fünf Jahre bestimmen wollen (FOTO). In einer Kooperationsvereinbarung haben sich die Parteien und Fraktionen der SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler zusammengeschlossen. Eine „veritable Mehrheit“ (SPD-Fraktionsvorsitzender Mike Schubert) von 32 Stimmen bringt die Kooperation damit zusammen. Gemessen an der absoluten Mehrheit von 29 Stimmen, ist die Überzahl allerdings nicht sehr üppig.

Die Entwicklung der Landeshauptstadt sei mittlerweile eine Erfolgsgeschichte, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Mike Schubert bei der Vorstellung der Kooperationsvereinbarung vor der Presse. Die Kooperation, die in verschiedenen Konstellationen seit 1998 die Geschicke der Stadt maßgeblich bestimmt, habe sich als „stabiles Bündnis“ erwiesen. Zwar betonte er, dass es nicht darum gehe, andere Fraktionen auszugrenzen, doch in der politischen Praxis zeigt sich seither, dass es vor allem um den Versuch geht, die Forderungen der PDS-LINKEN nach einer anderen Stadtpolitik „auszubremsen“, obwohl sie im Ergebnis



der letzten drei Kommunalwahlen die stärkste Fraktion der Stadtverordnetenversammlung stellte. Folglich sind in der Kooperationsvereinbarung solche Themen verankert (und also mit einer potenziellen Mehrheit versehen), wie der Aufbau der Garnisonkirche (entgegen einem möglichen erfolgreichen Bürgerbegehren dagegen), der perspektivische Abriss des Staudenhofes und

des Hotels „Mercure“. In der konstituierenden Versammlung der Stadtverordneten am 23. Juni konnte man das vereinbarte Abstimmungsverhalten bereits erfahren: Die Besetzung der Fachausschüsse mit jeweils sieben Mitgliedern wurde – gegen alle Argumente von Vernunft und demokratischen Spielregeln – eben „durchgezogen“.

-rd

DIE LINKE Fraktion

(nach Wahlkreisen)

Wahlkreis 4:



Barbara Keller (37), Erziehungswissenschaftlerin

Wahlkreis 5:



Sascha Krämer (37), Mitarb. eines MdB



Dr. Sigrid Müller (60), Geschäftsführerin DIE LINKE, SVV Potsdam



Petra Sell (55), Rentnerin

Wahlkreis 6:



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (60), MdL



Jana Schulze (50), Mitarb. eines MdL



Kati Biesicke (28), Studentin

WeltTrends-Heft 96 ist erschienen

Muss Deutschland international mehr Verantwortung übernehmen? Und wenn ja: in welcher Form? Nach der Rede des Bundespräsidenten auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 ist die Debatte um die Ziele und Mittel deutscher Außenpolitik entbrannt. In der aktuellen Ausgabe diskutieren Experten die Zukunft Deutschlands auf internationalem Terrain.

Der WeltBlick schaut auf die nicht enden wollenden Elitenkämpfe in Thailand, auf Jemens fragmentierte Gesell-



schaft und auf die Politik Japans, die nicht nur seine Nachbarn provoziert.

In der Analyse geht es aktuell um die erfolgreiche Abrüstung syrischer Chemiewaffen trotz des Bürgerkrieges. Der Streitplatz will dazu anregen, China neu zu betrachten, auch und vor allem in der politischen Analyse. Im Forum „Abgrund Afghanistan“ wird Irans Afghanistanpolitik analysiert. Außerdem wagt man den Blick in die Zukunft des Landes sowie seines Nachbarn Pakistan. Die Historie rekapituliert die Julikrise von 1914, die in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges mündete. Im Kommentar warnt Helmut Scholz, MdEP, vor dem transatlantischen Freihandelsabkommen. Buchbesprechungen und Tagungsberichte sowie der Zwischenruf zur Ukraine-Krise ergänzen das neue Heft.

WeltTrends lesen heißt Welttrends verstehen.

Glossiert

„WIR“ schlagen wieder zu...

Trompeten, Fanfaren, Deutschland-Gesänge – es ist wieder so weit – die Nachbarn rasten völlig aus. Die hatten schon vier Wochen vor dem ersten Spiel die Fahnen gehisst, die Autos ver- und ihre Kinder nur noch schwarz-rot-gold gekleidet. An einem Montag, an dem „WIR“ gegen Portugal antraten, gab es dann kein Halten mehr, nebenan gab es Caipirinha bis zum Abwinken auf dem Balkon – und dann folgte eine Mischung aus Samba und Zumba... Zu meinem Entsetzen wurde der Fernseher nach draußen gebaut – und ich hab’ mir schon mal prophylaktisch Ohrenstöpsel besorgt. Und es kam richtig dick. Ich habe mich ja auch gefreut, aber müssen die da drüber bei jedem Tor den Geräuschpegel des vorherigen Treffers übertreffen?! Beim 4. Tor hab ich gedacht, die reißen ihre „Hütte“ ein. Die aufgesparten Silvesterknaller kamen zum Einsatz. Das Spiel war aus und in Flaggen gehüllt sind die Nachbarn durch die Straßen gerannt. Statt Auto-Korso ein Torso-Korso. Es wurde geschrien, es wurde getanzt – es wurde ausgeflüpt. Die Autos haben jetzt noch mehr Fähnchen, dass die Herrschaften alle mit Gesichtsbemalung rumlaufen, muss ich wohl nicht



extra erwähnen. Naja, ich muss mich wohl daran gewöhnen, denn der Sieg der Jogi-Truppe war sicherlich nicht der letzte. Ich hab mir jetzt zumindest ne Deutschland-Mütze gekauft, die gab es günstig. Ist zwar ein bisschen dick für den Sommer, aber so wird mir jetzt wenigstens ordentlich warm – und vielleicht bekomme ich sogar WM-Fieber. Dann geh ich vielleicht auch noch zum Public Viewing – dort ist es bestimmt auch nicht lauter als zuhause. Der Ball

rollt, Bier fließt in vom begeisterten Brüllen raue Kehlen und auf dem Grill brutzeln die Fußballsteaks aus garantiert nicht artgerechter Haltung. Der Einzelhandel frohlockt, denn König Fußball regiert. Und es interessiert einen Dreck, dass er nur eine Marionette ist, um uns mit Brot und Spielen vom Denken abzuhalten. In diesem Sinne: Eine schöne Rest-WM!

Bernd Martin

Buchrezension

„Nach Marx – Philosophie, Kritik, Praxis“

Der Marxismus war wohl die philosophische Strömung, welche den Weltenlauf am stärksten geprägt hat. Nach 1989 für tot erklärt, feierte marxistische Literatur eine bemerkenswerte Renaissance in der Wirtschaft-, Finanz- und Staatenkrise 2007ff. Eine hochinteressante, aber nicht immer einfach zu lesende Systematisierung des Postmarxismus liefert das Werk „Nach Marx – Philosophie, Kritik, Praxis“, welches von Rahel Jaeggi und Daniel Loick herausgegeben wird, und sehr prominente Denkerinnen und Denker vereint, die marxistisches Gedankengut aktualisieren und weiterentwickeln.

Das Werk ordnet sich aber auch in die lange Tradition kritischer Theorie ein und versucht auf dem Wege der Gesellschaftskritik, Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft zu entwickeln und die vermeintliche Natürlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft kritisch zu hinterfragen. Schon in der Einleitung des Werkes wird darauf verwiesen, dass insbesondere durch die Vielfachkrise unseres Wirtschaftssystems kapitalistische Plausibilitäten erschüttert werden. Vor allem aber wird die Kapitalismuskritik dadurch gelähmt, dass der Kapitalismus selbst immer komplexer und undurchschaubarer wird. Demgegenüber wollen die Autoren einen „frischen Blick“ auf die heutige Welt durch die Brille des

marxistischen Ansatzes, was ihnen auch häufig gelingt.

Ein besonders lesenswertes Kapitel wurde von Andrew Chitty verfasst zum Thema „Menschliche Anerkennung und wahres Eigentum beim jungen Marx“. Hier lässt sich sehr gut der Gang des Marxschen Denkens vom frühen, oft eher romantischen, zum späteren reifen und analytischen Marx nachvollziehen.

Ein weiteres bedeutsames Kapitel ist jenes des Philosophen Rainer Forst, welcher sich mit „Gerechtigkeit nach Marx“ befasst. Er zeigt auf, dass der Marxismus dafür sorgte, das Thema Gerechtigkeit überhaupt wieder auf das gesamtgesellschaftliche Tableau zu heben. Weiterhin zeigt er klar auf, dass für jedwede Gerechtigkeitsdebatte, auch die heutige, sowohl die marxistische Kritik der Ausbeutung als auch jene der Entfremdung relevant sind und dass sich Gerechtigkeitsfragen eben nicht nur an der Konsumtionssphäre der konkreten Güterverteilung festmachen, sondern an der Art der Produktion. Insgesamt wird in diesem Kapitel, aber auch im darauffolgenden zum Thema „Der junge Marx und der mittlere Rawls“ deutlich, wie stark die marxistische Philosophie die Debatte um Gerechtigkeit geprägt hat. Dies ist auch als Selbstvergewisserung einer politischen Linken wichtig, ist doch Gerechtigkeit für uns

wohl der Hauptantrieb, Politik zu machen.

Andere Kapitel befassen sich unter anderem mit Marx' Kritik des Rechts, der Aktualität von Ideologiekritik, der Moral im „Kapital“, aber auch dem bürgerlichen Versuch der Ersetzung des Begriffs der Krise durch jenen des „Risikos“, welcher häufig dazu dient, die ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Ursachen kapitalistischer Krisenphänomene auszublenden.

Insgesamt ist das Buch durchaus keine leichte Kost, was es direkt in eine Linie zu den Originalwerken von Marx bringt. Vor allem aber hat die Lektüre zwei Vorteile: Erstens wird Schritt für Schritt fast das gesamte Denkgelände des Marxismus durchschritten, weshalb es ein hervorragendes Buch ist, um marxistische Grundkenntnisse aufzufrischen. Zweitens aber zeigt es auf, dass auch nach Marx vieles geschehen ist, was das marxistische Denken angeht. Und dies ist absolut produktiv, denn mit dem Denken „Nach Marx“, welches immer noch den Kern des Marxismus in sich behält, ist die aktuelle kapitalistische Gesellschaft nicht nur analysierbar, sondern auch kritisierbar. Moritz Kirchner

*Nach Marx – Philosophie, Kritik, Praxis
Herausgegeben von Rahel Jaeggi und Daniel Loick
Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft
ISBN: 978-3-518-29666-0*

Nie mehr Krieg von deutschem Boden aus!

Vorgestellt: Professor, General, Direktor Reinhard Brühl zum 90. Geburtstag

Am 23. August 2014 wird Generalmajor a. D. Professor Dr. Reinhard Brühl 90 Jahre alt. Er war von 1961 bis 1989 Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR in Potsdam. Für seine Freunde und Genossen Grund genug, Leben und Wirken des Jubilars zu würdigen.

Reinhard Brühl wurde in einer Arbeiterfamilie in Chemnitz geboren. Der Lehre als Maschinenschlosser folgten Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. Nach Besuch und Mitarbeit in einer Antifaschule kam er im Dezember 1949 in die DDR und war bereit, Aufgaben als Lehrer in der Volkspolizei zu übernehmen. Daraus wurden schließlich fast 40 Jahre Dienst in den bewaffneten Kräften, zunächst in verschiedenen Funktionen an Lehreinrichtungen, u. a. als Lehrstuhlleiter für Geschichte an der Militärakademie der NVA in Dresden. Der Teilnahme am Fernstudium Militärgeschichte an der Karl-Marx-Universität in Leipzig schloss sich eine außerplanmäßige Aspirantur an, die er 1967 mit der Promotion zum Doktor der Philosophie abschloss. Mit der Dissertation zur Militärgeschichtsschreibung des preußisch-deutschen Generalstabes betrat er Neuland in der Geschichtsforschung der DDR. Nicht zuletzt ist es sein Verdienst, die militärhistorische Hinterlassenschaft von Scharnhorst und Clausewitz ins rechte Licht gerückt zu haben. 1973 entstand daraus das Buch „Militärgeschichte und Kriegspolitik“.

Bescheiden und verständnisvoll

Reinhard Brühl wurde im Dezember 1961 zum Direktor des Instituts für Deutsche Militärgeschichte in Potsdam ernannt mit dem Auftrag, die Institution zu einer wis-

senchaftlichen Forschungs- und Lehreinrichtung zu entwickeln. Vor allem ging es darum, die Offiziere und zivilen Mitarbeiter zu befähigen und Bedingungen für eine schöpferische Tätigkeit zu schaffen. Dazu trug der Direktor mit seinem klugen und verständnisvollen Leitungsstil sowie mit Impulsen für das wissenschaftliche Leben in erheblichen Maße bei. Dies und seine Bescheidenheit brachten ihm eine hohe Wertschätzung von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein. Dass die Leistungen des Instituts und seines Direktors anerkannt wurden, bewiesen die Berufung Reinhard Brühls zum Ordentlichen Professor 1970 und die Ernennung zum Generalmajor 1979. Von der Achtung in der Geschichtswissenschaft zeugen die Wahl in das Präsidium der Historikergesellschaft der DDR und seine Mitarbeit in der Internationalen Kommission für Militärgeschichte, von 1985 bis 1990 als einer ihrer Vizepräsidenten. Er hat sich unter den Militärgeschichtlern von Moskau bis Warschau, von Paris bis Washington, von Stockholm bis Tel Aviv Ansehen erworben.

Der Direktor des MGI konnte durch seine Teilnahme an Kongressen der Kommission und die Mitarbeit an der Internationalen Zeitschrift für Militärgeschichte die Auffassungen der Militärgeschichtswissenschaft der DDR wirksam vertreten, so in seinem Geleitwort zu deren Ausgabe von 1989 zu den Jahrestagen der beiden Weltkriege: Nicht zuzulassen, dass jemals wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht sei Grundsatz der Politik der DDR und das entscheidende Motiv historischer und militärhistorischer Forschung und Publikation.

Seine Aufgaben ließen ihm nur begrenzte



Reinhard Brühl als General...

Zeit für eigene Forschung. Trotzdem zeugen über 40 Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften oder Sammelbänden davon, dass er in vielfältiger Weise zu Problemen der Militärgeschichte Stellung bezog. Außerdem stecken in seiner Tätigkeit als Leiter von Autorenkollektiven oder Herausgeber von militärhistorischen Publikationen viele seiner Erkenntnisse und Erfahrungen. Das trifft namentlich auf das zweibändige „Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte“ zu, das 1985 erschien und das in vielem seinen Wert bis heute behalten hat.

Friedenspolitischer Auftrag der NVA

Das Wirken als Militärgeschichtler war für Professor Brühl nicht beendet, als er im Sommer 1989 in den Ruhestand versetzt wurde. Kritisch und selbstkritisch setzte er sich mit der Entwicklung der Militärpolitik der SED und der Militärgeschichtsschreibung der DDR auseinander. Das belegen zahlreiche Beiträge auf Konferenzen und in Publikationen. Bei aller kritischen Sicht wehrte er sich beweiskräftig gegen den Zeitgeist der Verleumdung und Delegitimierung der DDR. Er unterstrich, dass die Soldaten und Offiziere der NVA ihren Dienst in der Überzeugung leisteten, zum Schutz ihrer Heimat, des Sozialismus und des Friedens beizutragen. „Das Wort vom friedenspolitischen Auftrag ihrer Armee war für sie keine bloße Propagandafloskel“, betonte der Generalmajor a. D.

Reinhard Brühl nimmt noch immer am wissenschaftlichen Leben Anteil, engagiert sich im Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, zu deren Mitbegründern er gehört, sowie in der Partei DIE LINKE.

Für seine Lebensleistung gebührt dem Jubilar Dank und Anerkennung, verbunden mit dem Wunsch, auch den 100. Geburtstag mit ihm feiern zu können.

Bernhard Heimann

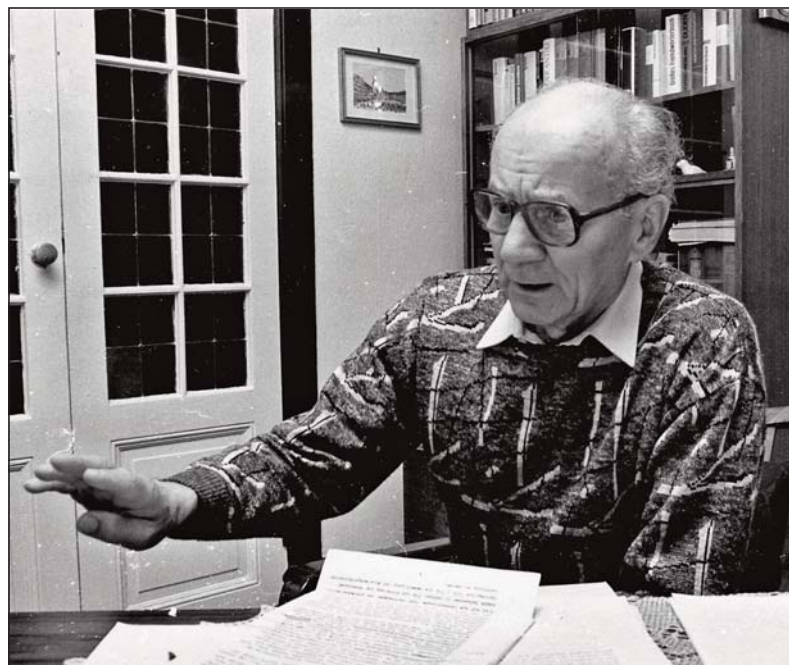
Was war das Militärgeschichtliche Institut der DDR (MGI)?

Das MGI wurde im März 1958 als Institut für Deutsche Militärgeschichte (ab 1972 MGI) gegründet und hatte seinen Sitz in Potsdam in der „Villa Ingenheim“ (heute Zeppelinstraße).

Das Institut sollte der Erforschung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit zur Militärgeschichte dienen. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten im Kalten Krieg war es vor allem auf Untersuchungen zur Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus vor und während der zwei Weltkriege orientiert. Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren der Aufbau und die Entwicklung der beiden deutschen Armeen in ihren jeweiligen Militärbündnissen. Das MGI hat dazu eine umfangreiche Publikationsstätigkeit geleistet, die von der deutschen Militärgeschichte seit dem 16. Jahrhundert (besonders dem Bauernkrieg), über den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen Militarismus und Krieg, die Vorgeschichte und Geschichte beider Weltkriege bis zur militärischen Zeitgeschichte nach 1945 reicht. Die vom Institut herausgegebene Zeitschrift „Militärgeschichte“ hat maßgeblich dazu beigetragen, Ergebnisse der militärgeschichtlichen Forschung national und international bekannt zu machen.

Neben der Forschung und Publikation gehörten die Ausbildung von Militärgeschichtlern sowie die Vortragstätigkeit in der NVA und in der Öffentlichkeit zu den Aufgaben des Instituts. So wurden 80 Fernstudenten zu Diplomhistorikern ausgebildet; 54 Fernstudenten konnten den postgradualen Abschluss als Militärgeschichtler erwerben. Das MGI hatte als Hochschuleinrichtung das Promotionsrecht: 82 Promotionen und 41 Habilitationen wurden abgeschlossen. 10 Angehörige des Instituts sind zu Professoren berufen worden.

Das MGI hatte zahlreiche Kontakte zu wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland. Beispiele sind die Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR bei solchen Großprojekten wie „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ in 6 Bänden oder der unvollendeten mehrbändigen „Geschichte des deutschen Volkes“. Von besonderer Bedeutung für die weltweiten Kontakte der Militärgeschichtler der DDR war es, dass die 1972 gebildete Kommission für Militärgeschichte der DDR ein Jahr später in die Internationale Kommission für Militärgeschichte aufgenommen wurde.



... und heute als agiler Rentner.

Fotos: privat

Die Sommerferien sind die längste Freizeit für Schülerinnen und Schüler im Jahr. Mehrere Wochen lang gilt es, diese Freizeit, neben Beruf oder Urlaubsfahrten möglichst abwechslungsreich zu gestalten. Der Ferienpass Potsdam gibt seit knapp 30 Jahren einen umfangreichen Überblick über verschiedenste Ferienangebote in der Stadt Potsdam und möchte einladen, diese Angebote zu nutzen. Viele Vereine, Organisationen und Initiativen bieten im Ferienpass ihre Veranstaltungen an. Darunter befinden sich Tagesveranstaltungen, Workshops, Camps und Ferienfahrten – kostenlos oder vergünstigt. Dazu kommen noch einige Gutscheine für Preisnachlässe kommerzieller Angebote.

Das Jugendamt der Stadt Potsdam in Kooperation mit der Medienwerkstatt Potsdam erstellt diesen Ferienpass für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren.

Verteilt wurden die Ferienpässe Anfang Juni über die Potsdamer Grundschulen direkt an die Kinder.

Das komplette Ferienprogramm findet

Langeweile? – Nicht mit uns!

Der Ferienpass der Landeshauptstadt Potsdam auch 2014 mit umfangreichem Programmangebot



man auch online unter:

<http://www.ferienpass-potsdam.de>.

Stadt der Kinder

Am Anfang ist nur ein großer Stapel Holz und Werkzeuge. In der ersten Woche werden die Häuser und Gebäude der Stadt der Kinder gebaut. In der zweiten Woche stehen die Ideen der Kinder für das Leben in der Stadt, verschiedene Angebote, Workshops, Spiele und Feste im Mittelpunkt. Es gibt

keine Teilnahmegebühren, jedes Kind erhält ein kostenloses Mittagessen. Finanziert wird die „Stadt der Kinder“ durch öffentliche Förderung und private Spenden. (Von Montag, 14. – Freitag, 18.07./Bürgerhaus Am Schlaatz)

Kinderprogramm im URANIA-Planetarium

„Kommt ins Planetarium und begeben euch auf eine Reise durch das Weltall. Lernt, wie

unser Sonnensystem mit den acht Planeten funktioniert und was der Unterschied zwischen Kometen und Asteroiden ist. Auf die ganz jungen Sternengucker wartet „Die Rettung der Sternenfee Mira“, so lädt das URANIA-Planetarium in die Gutenbergstraße 71/72 ab dem 15. Juli ein.

Hinweis: Das wechselnde Kinderprogramm wird jeden Tag außer am Donnerstag gezeigt. Die genauen Themen stehen auf der Homepage: www.urania-planetarium.de

Ferienlager im Wald

Übernachtung in kleinen Holzhäusern auf dem Großen Ravensberg; Lagerfeuer mit Knüppelkuchen oder Grillwurst; Trapper-ABC mit Übernachtung unterm Sternenhimmel und Nachtwanderung; Wildtierbeobachtungen und Waldolympiade; Veranstaltungen zu Wolf, Ameisen, Spuren und Fährten; Ausflüge in die Umgebung mit Besuch des Falkenhofes und ins Templiner Strandbad uvm. – das bietet vom 19. bis zum 25. Juli das Waldhaus Großer Ravensberg.

25 Jahre das LINKE Sommerfest in Potsdam

Wahnsinn, wir feiern am 23.08.2014 das 25. Jubiläum des Sommerfestes! Seit 1989 veranstalten wir jetzt dieses Fest für unsere Heimatstadt, für unsere GenossInnen für unsere FreundInnen – für Potsdam. Ein Fest, das die historischen Entwicklungen unserer Partei erlebte und mit ihr überdauerte. Viele verschiedene OrganisatorInnen und HelferInnen aus den Reihen unserer GenossInnen machten dies an vielen unterschiedlichen Veranstaltungsorten in Potsdam möglich. Ihnen Allen sei an dieser Stelle ganz ausdrücklich dafür gedankt. 2014 findet also ein besonderes Sommerfest statt. Eines, das gleichzeitig den Wahlkampfauftakt „der heißen Phase“ zur Neuwahl der Landesregierung Brandenburgs darstellen wird. Dafür hat sich das Sommerfestteam, das in den letzten drei Jahren das Fest als „Red Summer Day“ umsetzt, wieder einmal Besonderes einfallen lassen. Um 14 Uhr startet das Kulturprogramm für die ganze Familie. Auf der großen Bühne wird die Potsdamer Band „Mückenheimer Quartett“ mit seinem Swing-Programm, bestehend aus alten und bekannten Songs, durch den Nachmittag führen. Im Wechsel

mit Gesprächen, Interviews und Reden unserer KandidatInnen wird die bewährte Mischung aus Unterhaltung und politischer Meinungsbildung realisiert. Zur gleichen Zeit startet die Familienwiese ihr Programm. Zum Einschulungstag Brandenburgs wird das Familienfest bis 18 Uhr einen Schwerpunkt auf die Einschulungskinder legen. Mit der SJR-Aktionsfläche und ihrer Hüpfburg, der Handwerk-Probierwerkstatt, den Klinikclowns Potsdam, dem Ponyreiten, der Varietéshow und vielem anderen mehr wird es ein tolles Angebot geben. Auch der Eismann ist dieses Jahr wieder auf unserem Fest. Natürlich darf das vielfältige Essen- und Getränkeangebot nicht fehlen, und die RED SUMMER-Bar vom Barmeister Steffen Pfrogner wird Cocktails für Euch mixen. Das Abendprogramm wird von einer Doppelportion Polka aus Amerika und Berlin durch die Polkanolix eröffnet. Die Potsdamer Combo Settle Down wird das Ganze mit einer Prise Stoner-Rock verfeinern. Wie schon in den letzten Jahren haben wir als Haupttakt eine seit vielen Jahren erfolgreiche Punkgröße gewinnen können. Die Band RAZZIA wird das Fest im wilden Polit-Pogo

zum Ausklingen bringen. Gegen 22 Uhr wird das 25. LINKE Sommerfest enden und uns beflügelt in einen erfolgreichen Landeshauptwahlkampf 2014 entlassen. Für unser Fest suchen wir noch fleißige Kuchenbäcker-

innen und HelferInnen für unseren Kaffeestand. Bitte meldet Euch bei unserem Kreisschatzmeister Alexander Frehse in der Geschäftsstelle.

Matthias Lack

6	8			1	3		
		4	3	9	1	6	
9			5			8	
2							7
	6		2			4	
		3	2	7	8	4	
8	2				9		5

SUDOKU

Auflösung Juni

7	4	3	9	2	5	1	8	6
1	5	6	4	7	8	3	9	2
8	2	9	6	3	1	7	4	5
5	3	4	2	8	6	9	7	1
2	6	7	1	4	9	8	5	3
9	1	8	7	5	3	2	6	4
4	9	1	8	6	2	5	3	7
3	7	2	5	9	4	6	1	8
6	8	5	3	1	7	4	2	9

RED SUMMER DAY
 — am 23. AUGUST —
 25. Jahre LINKE Sommerfest

RAZZIA (AB 20 UHR)
POLKANOLIX (D)
THE POLKANOLICS (US)

SETTLE DOWN (PDM) MÜCKENHEIMER QUARTETT (PDM)

FAMILIENFESTWIESE (14-18 UHR)
 PONYREITEN, SJR AKTIONSFLÄCHE, HANDWERKER
 PROBIERWERKSTATT, HÜPFBURG, KINDERSPIELE, CLOWNS
 U.V.M.

DIE LINKE.

Lustgarten Potsdam 14-22:00 Uhr
www.linke-veranstaltungen.de